

Verabschiedung OB Barbara Bosch

Rede für OB Dr. Dieter Salomon

Montag, 30. Januar 2017 – Großer Kursaal Bad Cannstatt

Begrüßung der Ehrengäste

Liebe Barbara,

vor sechs Jahren hast Du das Ehrenamt der Präsidentin des Städtetags Baden-Württemberg angetreten. Zweimal wurdest Du wiedergewählt. In diesen sechs Jahren hast Du Dich engagiert und, mit deiner ganzen Person und mit all Deiner Erfahrung für die kommunale Sache stark gemacht. Die Interessen der Städte – und damit auch die Interessen der Menschen zu vertreten, für sie zu streiten, war Dir eine Herzensangelegenheit. Der kommunale Freisinn – ich sage bewusst nicht Eigensinn! – war Dir immer anzumerken: Als gebürtige Stuttgarterin hast Du den Freigeist der ehemals freien Reichsstadt Reutlingen schnell eingeatmet und daraus ein neues Selbstbewusstsein für „Deine“ Stadt Reutlingen entwickelt. Als Präsidentin hast Du diesen „Stolz auf die Stadt“ für alle Städte des Städtetags gegenüber der Landesregierung und anderen vertreten.

Dabei stand für Dich die Sachorientierung immer im Vordergrund. Laut und kraftvoll, aber nie dröhnend hast du die Position der Städte vorgetragen. Partei- und Fraktionsgrenzen haben dich nie interessiert. Parteibücher spielen unter Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern wenn überhaupt, dann nur eine untergeordnete Rolle.

Die sechs Jahre Deiner Präsidentschaft waren vermutlich die intensivsten sechs Jahre, die man im OB-Amt erleben kann. Wir haben große Themen vor der Brust gehabt, vieles konnte auf den Weg gebracht, manches gelöst werden. Bei allem aber haben wir, unserem pragmatischen Selbstverständnis entsprechend, aktiv an Veränderungen mitgearbeitet.

Im März 2011, zwei Monate nach Deiner Wahl zur Präsidentin endete die Ära der CDU-geführten Landesregierung in Baden-Württemberg. Das war auch für uns

Kommunen ein Neustart, begleitet von der spannenden Frage, was sich dadurch für die Städte und Gemeinden ändern würde und was nicht? Wie kommunalfreundlich ist diese neue Landesregierung, war die Frage.

Der Beginn einer zweiten neuen Koalition fiel ebenfalls in Deine Präsidentschaft – inzwischen ist aus Grün-Rot Grün-Schwarz geworden. Die Fragen sind die gleichen geblieben: Ist den Landespolitikern bei ihren Entscheidungen bewusst, wer die drängenden Probleme unserer Zeit ganz praktisch vor Ort löst? Und ist ihnen klar, dass die Kommunen deutlich mehr finanzielle Unterstützung brauchen, wenn sie erfolgreiche Partner der Landesregierung sein sollen?

Ich will es nicht verhehlen: grün-rot war auch nicht einfach, aber wir fühlten uns besser verstanden als bei grün-schwarz. Und das liegt leider an beiden Hälften der Koalition.

Es war damals, 2011, ein guter Einstieg bei einem drängenden Problem, nämlich bei der Kinderbetreuung. Im Pakt für Familien mit Kindern haben sich Land und Kommunen seinerzeit darauf verständigt, dass das Land die Betriebsausgaben für die Kleinkindbetreuung in wesentlich größerem Umfang fördert. Die neue Landesregierung war bereit, die Überschüsse aus der Erhöhung der Grunderwerbsteuer einzusetzen, um den Ausbau der U 3-Plätze sicherzustellen.

Eine solide Finanzausstattung ist eine wichtige Voraussetzung für die kommunale Selbstverwaltung. 2012 haben es die Kommunalen Landesverbände geschafft, durch eine Vereinbarung zum kommunalen Finanzausgleich Planungssicherheit für die Kommunen zu schaffen. Damals wurde der Konsolidierungsbeitrag der Kommunen zum Landeshaushalt auf 315 Millionen Euro festgelegt, verbunden mit der Zusage, ihn schrittweise weiter abzusenken.

Enttäuscht waren und sind wir, dass die neue Landesregierung von dieser mündlichen Zusage nichts mehr wissen wollte, sondern in Zeiten wie diesen mit guten Steuereinnahmen einen weiteren satten Beitrag zum Landeshaushalt eingefordert und unseren Konsolidierungsbeitrag stattdessen nahezu verdoppelt hat.

Wir mussten das hinnehmen, wohl wissend, dass der Gesetzgeber es erzwingen kann und unser Spielraum nur darin bestand, mehr oder weniger laut „nein“ zu rufen. Unser Ziel bleibt es indessen, diesen Beitrag wieder zu senken, oder noch besser, ganz zu beenden. Denn nur Geld, das wir bekommen, können wir auch für die drängenden Aufgaben in unseren Städten ausgeben: Schulsanierung, Ausbau der Digitalisierung, Integration, Kinderbetreuung, Wohnungsbau.

2011 war eines der ersten großen Themen, das uns auf unterschiedliche Weise beschäftigt hat, die Bürgerbeteiligung und die Bürgermitwirkung. Jeder Bürgermeister weiß, dass er heute ohne Bürgerbeteiligung in der Regel nicht weit kommt. Dennoch ist die grün-rote Landesregierung bei der Änderung der Gemeindeordnung an einigen Stellen übers Ziel hinausgeschossen.

Dass nun auch über eine Bauleitplanung abgestimmt werden kann, sehen die Städte und Gemeinden äußerst kritisch. Die neue Vorschrift ist unscharf gefasst und erschwert in der Praxis die Arbeit, anstatt direkte Demokratie zu erleichtern. Mit diesem Gesetz ist es noch schwerer, neue Bauflächen zu erschließen. In dem Maße, wie der Städtetag sich bei der Reform der Gemeindeordnung kompromissfähig gezeigt hat, erwartet er nun eine ergebnisoffene Überprüfung des Gesetzes.

Die Einführung der Gemeinschaftsschule und die verstärkte Orientierung hin zur Ganztagschule haben in den Städten und Gemeinden für erheblichen Handlungsbedarf gesorgt. Der Städtetag hat sich jedoch immer für die Zweigliedrigkeit des Schulsystems eingesetzt, über die Umsetzung war man sich aber mit dem Land nicht immer einig. Letztendlich konnten durch die Stärkung der Realschule diese mit der Gemeinschaftsschule zu einer zweiten Schulsäule zusammenwachsen. Der Städtetag hat den Städten und Gemeinden, aber auch dem Land in diesem herausfordernden Prozess Orientierung gegeben.

Positiv lässt sich bilanzieren: Der Städtetag wurde vom Land als gewichtiger Partner in allen Bildungsfragen wahrgenommen und behandelt.

Ein Thema, das sich keine Regierung ausgedacht hat, das uns aber trotzdem alle bis an die Grenzen des Möglichen beschäftigt hat, war spätestens seit Sommer 2014 die

Unterbringung der Flüchtlinge. Hier hat der Städtetag zusammen mit den beiden Schwesterverbänden die damit zusammenhängenden finanziellen Themen gegenüber der Landesregierung geltend gemacht und so die nachlaufende Spitzabrechnung der Kosten für die vorläufige Unterbringung erreichen können. Herr Minister Strobl, an dieser Stelle stehen Sie für das Land im Wort, dass die durch den Rückgang der Flüchtlingszahlen unvermeidbaren temporären Leerstände nicht zu Lasten der Stadt- und Landkreise gehen.

In der Anschlussunterbringung beschäftigt uns das Thema Wohnraum heute nach wie vor. Mindestens genauso wichtig ist aber, dass wir die Integration der Neuankömmlinge erfolgreich hinbekommen. Und Integration geschieht nicht durch Sonntagsreden oder bedrucktes Papier – integriert werden können Menschen nur durch Menschen. Das passiert vor Ort in den Städten und Gemeinden. Dazu brauchen wir die passenden Rahmenbedingungen und finanzielle Unterstützung; ohne das geht es – auch beim besten Willen – nicht. Deshalb muss der Pakt für Integration ein guter und gelingender Wurf werden, im Interesse aller. Es gilt, fachliche Anforderungen an die Arbeit mit Migranten zu vereinbaren mit unkomplizierter, schneller Antragstellung und pragmatischen personellen Festlegungen.

Ein anderes Thema muss nun auch bei uns endlich Fahrt aufnehmen: Wie steht es mit der Digitalisierung? Das Wort ist uns vertraut, und doch ist es so allgemein, dass man kaum abschließend oder verständlich beschreiben kann, was damit alles gemeint ist.

Die Welt wird nicht immer digitaler, sie ist es längst. Jetzt sollten, jetzt müssen die Errungenschaften der digitalen Technik auch in den Rathäusern ankommen und eingesetzt werden.

Die Landesregierung will das Thema ebenfalls voranbringen mit ihrer Digitalisierungsstrategie „digital@bw“. „Der konkrete Praxisbezug steht dabei im Mittelpunkt“ heißt es in der Projektbeschreibung. Und weiter: „Digitalisierung soll den Menschen nützen.“ Das sehen wir ganz genauso.

Wir müssen und wir werden die Digitalisierung deshalb vom Rathaus her denken: Wie setzen wir das Thema so auf, dass die Bürgerschaft die Scheu verliert? Die Menschen sollen sich trauen und uns vertrauen, wenn sie viele Dienstleistungen auf digitalem Weg erleben und erledigen will.

Wir müssen den Menschen den Weg dorthin ganz praktisch zugänglich machen – oder anders ausgedrückt: Der Weg ins digitale Rathaus führt nur über's Rathaus! Jede Stadt muss ihre eigenen Bedürfnisse benennen, ihre eigenen Ziele formulieren und dabei die lokalen Möglichkeiten berücksichtigen.

Nur eine Möglichkeit fällt aus: Keine Kommune kann es sich mehr leisten, das Thema auszublenden.

Hier gibt es für uns in Zukunft noch einiges zu tun und zu bewegen.

Liebe Barbara,

das war jetzt natürlich nur ein ganz kurzer Blick auf die vergangenen sechs Jahre Deiner Präsidentschaft. Über „NKHR“ oder Zensus, über die Reform der Gemeindeordnung oder zig andere Themen, die uns ebenso intensiv aber weniger öffentlichkeitswirksam beschäftigt haben, habe ich gar nicht gesprochen.

Starke und selbstbewusste Kommunen sind die beste Grundlage für ein funktionierendes Gemeinwesen. Dieses Credo eint uns alle im Städtetag – Barbara, Du hast es als Präsidentin konsequent vertreten und lebst es auch als OB.

Im Namen des Städtetags Baden-Württemberg sage ich Dir ein herzliches Dankeschön für Dein Engagement, für offenen und vertrauensvollen Austausch und für gute Zusammenarbeit.

Der Städtetag hatte mit Dir nicht nur die erste Präsidentin, sondern auch eine aktive und hartnäckige Anwältin für die kommunale Sache. Erfahren, kompetent und leidenschaftlich hast Du für die Städte und Gemeinden im Land viel bewegt.

Als Erinnerung an Deine Zeit als Präsidentin und in Würdigung Deiner besonderen Art und Deiner Verdienste darf ich Dir heute eine Karikatur überreichen. Du stehst damit in der Reihe Deiner Vorgänger als Präsidenten unseres Verbandes: Manfred Rommel, Bernd Doll und Ivo Gönner. „Luff“, der bekannte Karikaturist der Stuttgarter

Zeitung, hat ein Bild von Dir gezeichnet – sozusagen mit der Brille des Berichterstatters.

Eine persönliche Note und eine Referenz an die Frau Barbara Bosch ist der musikalische Beitrag dieser Feier. Erst jetzt haben wir erfahren, dass Du nicht nur meisterhaft eine politische Stimme für die Städte erheben kannst, sondern auch über eine ausgebildete Stimme als Mezzosopranistin verfügst. Vielleicht hätten wir es früher wissen müssen, um davon zu profitieren. Jedenfalls ist es das Fach der Zwischentöne bei den Frauenstimmen und das steht und stand uns gut zu Gesicht, auch in der politischen Stimmlage.

Als nächstes wird Maria Theresa Ullrich „Schlösser, die im Monde liegen“ singen, bevor dann Herr Innenminister Strobl sprechen wird. Lieber Herr Strobl, die Kommunen brauchen zwar keine Schlösser im Mondlicht – aber verstehen Sie's ruhig als Aufforderung zum gemeinsamen Tanz von Landesregierung und Kommunen im Land.

Liebe Barbara,
im Namen des Städtetags und auch ganz persönlich wünsche ich Dir alles Gute, Glück und Gesundheit, sowie weiterhin Freude und Erfolg bei Deiner Aufgabe als Oberbürgermeisterin von Reutlingen.
Wir danken Dir für Deinen Einsatz!